



Wirtschaftspolitiker stellen Cassis Ultimatum Rahmenabkommen Einflussreiche Ständeräte drohen, Nachverhandlungen zu verlangen.

Fabian Fellmann

Ernüchternd sei der Auftritt von Ignazio Cassis vor der Wirtschaftskommission des Ständerats in der vergangenen Woche gewesen, heisst es aus dem politisch wichtigen Gremium. Dabei wollte der Aussenminister während der Konsultation Zweifel am institutionellen Abkommen mit der EU zerstreuen.

CVP-Ständerat Konrad Graber konnte er nicht überzeugen. «Ich bin nicht zufrieden», sagt der Luzerner. Er habe darum vorgeschlagen, mit einer Kommissionsmotion dem Bundesrat den Auftrag für Nachverhandlungen zu erteilen. Entscheiden werden die Wirtschaftspolitiker an ihrer nächsten Sitzung Anfang April. Ihr Vorstoss könnte dem Rat bereits in der Sommersession im Juni vorgelegt werden.

Dem Bundesrat, der im Juni über das weitere Vorgehen befinden will, würden bei einem Ja die Hände gebunden: Er wäre bis auf weiteres kaum mehr in der Lage, das Abkommen zu unterzeichnen. Das dürfte zu Reibungen mit der EU führen. Erstens hat

diese Nachverhandlungen ausgeschlossen. Zweitens läuft Ende Juni die befristete Anerkennung der Schweizer Börsengesetzgebung aus. Bisher hat Brüssel die Unterzeichnung des Abkommens zur Bedingung gemacht für eine Verlängerung.

Erst nach der SVP-Initiative

Sowohl Konrad Graber als auch Kommissionspräsident Pirmin Bischof betonen, noch sei keine Entscheidung über eine Motion gefallen. «Es hängt davon ab, ob der Bundesrat die Kommission überzeugen kann», sagt Graber. Verbesserungen verlangt er bei der Unionsbürgerrichtlinie, dem Lohnschutz, den staatlichen Beihilfen sowie der Mitsprache der Stimmbürger. Die Schweiz müsse sich Zeit nehmen, um alle Unklarheiten zu bereinigen, zumal es 2020 die SVP-Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit an den Urnen zu bekämpfen gelte. Bei einem Ja würde das institutionelle Abkommen Makulatur.

Cassis steht vor einer schwierigen Aufgabe. In der 13-köpfi-

gen Wirtschaftskommission stellen CVP und SP die Mehrheit. Beide Parteien wollen das Abkommen nur unterstützen, wenn der Bundesrat Nachbesserungen erreicht. Auch einzelne FDP-Wirtschaftspolitiker äussern sich kritisch. «Wir diskutieren, ob wir tätig werden sollen», sagt der Bündner Martin Schmid. «Meine Meinungsbildung ist noch nicht abgeschlossen, mir fehlen wichtige Elemente.» Seine Skepsis ist bemerkenswert, sitzt er doch im Vorstand des Wirtschaftsverbands Economiesuisse, der das Abkommen mitträgt.

SVP-Ständerat Hannes Germann wird auf jeden Fall beantragen, dass der Bundesrat noch einmal in Brüssel vorstellig werden muss: «Ich verlange explizit Nachverhandlungen.» Daraus müssten verbindliche Begleitdokumente mit Verbesserungen hervorgehen. Germann bezeichnet seinen Vorstoss als konstruktiv. «Wollte ich das Abkommen lediglich bodigen, würde ich mich jetzt einfach zurücklehnen», sagt der Schaffhauser. «Als Vertreter eines kleinen Kantons mit vielen exportorientierten Unternehmen will ich kein Risiko eines totalen Bruchs mit der EU eingehen. Also gibt es nur eines: weiter verhandeln.»